



20. November 2023

Änderungsantrag

Antragstellerin: Die Linke Liste an der HU – LiLi

I. Antragsgegenstand

TOP 4.1 – Änderungsantrag

II. Beschlussentwurf

Ersetze den Beschlussentwurf des Antrags durch:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Vor dem Hintergrund des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel und der Eskalation der Gewalt in Israel und Palästina drückt die Studierendenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin ihr tiefes Mitgefühl mit den betroffenen israelischen und palästinensischen Kommiliton*innen und ihren Angehörigen aus.

Der Krieg in Israel und Palästina hat auch Konsequenzen an der Humboldt-Universität. Oft genug sind wir im universitären Kontext mit antisemitischen und rassistischen Positionen konfrontiert. Aus der historischen Verantwortung der Studierendenschaft der HU, umso mehr aber vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse sehen wir uns in der Pflicht, Solidarität mit den jüdischen und palästinensischen Studierenden einzufordern!

Die aktuelle gesellschaftliche Polarisierung auf Kosten der Betroffenen führt zu stark vermehrtem Antisemitismus und anti-palästinensischem und anti-muslimischem Rassismus – auch hier am Campus. Nur durch einen solidarischen Umgang untereinander können wir gemeinsam für einen diskriminierungsfreien Campus sorgen!

Dazu gehört auch: Sei es bei Übergriffen auf jüdische Schüler*innen in Schulen, antisemitische Diskurse in Hochschulen, Brandanschläge auf Synagogen oder antisemitische Parolen auf Demonstrationen: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wir nehmen zudem mit großer Sorge das Aufflammen rassistischer Stimmungsmache seit einigen Wochen in Deutschland war – durch einen Diskurs, der zunehmend das Asylrecht in Frage stellt, pauschale Demonstrationsverbote rechtfertigt, strukturelle Probleme in fälschlicher, rassistischer Weise auf migrantische Communities verschiebt und von „importiertem Antisemitismus“ redet. Die Studierendenschaft tritt Antisemitismus und Rassismus deutlich entgegen!

Wir rufen alle dazu auf, klare Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus zu setzen. Vor diesem Hintergrund fordern wir von der Universität:

- Die HU muss ihre proaktiven Unterstützungsangebote für ihre israelischen Mitglieder auf alle von der Gewalteskalation betroffenen Studierenden und Forschenden ausweiten und die Unterstützungsangebote bekannter machen. Hierbei darf sie nicht zwischen Betroffenen selektieren. Eine einseitige Solidarisierung würde den palästinensischen Studierenden kommunizieren, dass die HU keine sichere Anlaufstelle für sie ist.
- Die HU muss die Sicherheit für israelische, jüdische, palästinensische und alle anderen von der Gewalteskalation betroffenen Studierenden gewährleisten.
- Prüfungsfristen müssen verlängert und es müssen angemessene und unkomplizierte Nachteilsausgleiche realisiert werden. Für die Dauer des Krieges müssen für betroffene Studierende Ausnahmeregelungen geschaffen werden.
- Unabhängige psychologische Unterstützungsangebote. Diese müssen allen offenstehen und für die unterschiedlichen Betroffenheiten der Studierenden sensibilisiert sein.
- Die Universität muss gewährleisten, dass alle von der Gewalt betroffenen Studierenden Räume des Austausches und der Trauer offenstehen.
- Gegen Rassismus auf dem Campus: Die Universität muss aktiv gegen rassistische Pauschalisierungen gegenüber palästinensischen, muslimischen und muslimisch gelesenen Menschen vorgehen.
- Gegen Antisemitismus auf dem Campus: Die HU muss angesichts des aktuell erstarkenden Antisemitismus, Maßnahmen in Form von Sensibilisierung zu dem Thema und Support für ihre jüdischen Mitglieder ergreifen. Jüdisches Leben muss sicher und sichtbar sein können.

III. Begründung

Wir stehen an der Seite unserer Kommiliton*innen in der Diaspora und all derer, die in den nächsten Tagen und Wochen zunehmende Repression, Kriminalisierung oder Angriffe fürchten müssen.

Auch die HU hat einen Schutzauftrag für jene Kommiliton*innen. Jüdische Studierende müssen während solch schrecklicher Ereignisse besondere Unterstützung erfahren. Die HU hat eine Reihe von Beratungsangeboten – angefangen von Studienberatungen bis zu psychologischen Beratungen – die die Betroffenen jederzeit wahrnehmen können. Studierende können auch auf Grund von psychischen Belastungen einen Nachteilsausgleich in Anspruch nehmen. Auch wenn diese Angebote nur eine kleine Hilfestellung sein können, sprechen wir uns dafür aus, Nachteilsausgleiche unkompliziert zu realisieren und die Beratungsangebote für die aktuelle Situation zu stärken, zu sensibilisieren und ihre Bekanntheit zu erhöhen.

Durch Alltagsrassismus, Anschläge wie in Hanau und Halle, Kriege wie in der Ukraine oder in Gaza und Israel, findet eine andauernde Re-Traumatisierung jüdischer und palästinensischer Diaspora als marginalisierte Gruppen statt.

Die HU hat in einem ersten Statement vom 12.10.2023 den israelischen Studierenden und Forschenden an der Universität ihr Mitgefühl ausgedrückt. Wir schätzen

diese Initiative und alle Unterstützungsangebote für jüdische und israelische Menschen an der HU. Zugleich sind wir enttäuscht, dass die Universität ihre palästinensischen Studierenden nicht in ihrem ursprünglichen Statement erwähnt hat. Dies hat sie zwar in einer neueren Stellungnahme revidiert und ist auf die beidseitige Betroffenheit eingegangen. Dennoch kritisieren wir die ursprünglich nur sehr selektive Solidarität.

Gerade wir als Studierende stehen aufgrund unserer historischen Verantwortung in der Pflicht. So waren es Studierende, die zuerst die Ideologie des Nationalsozialismus verinnerlichteten und verbreiteten. Schon 1931 und damit zwei Jahre vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reichstag wurden Vertreter des NS-Studentenbundes mit absoluter Mehrheit in die Deutsche Studentenschaft, dem Dachverband deutscher Studierendenschaften, gewählt. Es waren Studierende, die zum Kampf gegen den „jüdischen Zersetzungsgeist“ aufriefen, die aktiv jüdische Kommiliton*innen ausschlossen und die am 10. Mai 1933 auf dem Bebelplatz die Bücherverbrennung organisierten. An den Hochschulen wurde die „wissenschaftliche“ Grundlage der NS-Rassenideologie entwickelt, die historischen Kontinuitäten sind vielerorts bis heute nicht aufgearbeitet.

Es ist essentiell, dass sich heutige Studierendenschaften dieser Verantwortung bewusst sind und entsprechend handeln. Unser antifaschistisches Selbstverständnis, das sich aus der Überzeugung ergibt, dass Auschwitz nie wieder sei, verpflichtet uns heute und jederzeit zum Handeln gegen Faschismus, Antisemitismus und Menschenhass.

Eine Universität mit dem Anspruch der Diversität sollte all ihren Studierenden einen Raum zum Zusammenkommen, zum Austausch und zum Trauern bieten. Sowohl israelische als auch palästinensische, jüdische, muslimische und alle anderen betroffenen Studierenden, die wegen der aktuellen Situation im Alltag Angst haben, sollten sich in der Universität sicher fühlen können. Unterstützung darf nicht selektiv sein.

IV. Kontakt zu den Antragsteller*innen

- Kontaktinformationen unter: <https://hu.berlin/lili>